

Antrag für die unverzüglich einzuberufende Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen der Stadt Bad Belzig

Der Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen möge einer unverzüglich einzuberufenden Stadtverordnetenversammlung folgenden Antrag zur Beschlussfassung vorlegen:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Bad Belzig fordert die Bürgermeisterin der Stadt Bad Belzig als Gesellschafterin der Kur- und Freizeit Bad Belzig GmbH auf, unverzüglich dafür zu sorgen, dass


1. in den Tarifverhandlungen mit der Gewerkschaft Verdi für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dieser Gesellschaft der Mindestlohn von 8,50 EURO vereinbart wird und dass
2. die Löhne und Gehälter der Beschäftigten dieser Gesellschaft bis Juli 2014 in drei Schritten den entsprechenden Tariflöhnen und Gehältern der Beschäftigten der Stadtverwaltung Bad Belzig angepasst werden und dass
3. die Stadtverordnetenversammlung bis zum 31. Dezember 2012 einen Arbeitsrichter des Arbeitsgerichts Brandenburg benennt, der den Vollzug des Beschlusses überwacht und der Stadtverordnetenversammlung über die Ergebnisse seiner Beobachtungen berichtet.

Begründung:

Entsprechend dem Gleichheitsgrundsatz unserer Verfassung hat unsere Stadt die Pflicht, das Recht auf gleichen Lohn für gleiche Arbeit zu gewähren.

Anlagen zu dem Antrag:

1. Presseinformation des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie vom 30. April 2012
2. Presseerklärung von Dr. Andreas Bernig für die Partei „Die Linke“ vom 05. Juni 2012
3. Presseerklärung von Katja Kipping („Die Linke“) vom 23. März 2012
4. Regierungsprogramm der CDU: Zehn Punkte für Deutschland
5. Presseerklärung der Grünen in Brandenburg vom 30. April 2012
(entnommen der PNN)


Wolfgang Terp
Mitglied der SVV Bad Belzig
Mitglied des Ausschusses Wirtschaft und Finanzen der SVV Bad Belzig
03. August 2012